



Joshua Frey

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg



Pressemitteilung vom Freitag, 24. August 2018

Land unterstützt Landkreis Lörrach weiterhin bei der Flüchtlingsunterbringung

Joshua Frey MdL: „Landkreise werden mit der Aufgabe der Flüchtlingsunterbringung nicht alleine gelassen. Beim finanziellen Ausgleich der Landkreise muss die aktuelle Situation am Wohnungsmarkt mit berücksichtigt werden.“

Aufgrund offener Fragen beim finanziellen Ausgleich für die Kosten des Landkreises Lörrach für die Gemeinschaftsunterkünfte (GU) wandte sich Joshua Frey in einem Schreiben an das Landesinnenministerium. Nun liegt die Antwort des Ministeriums vor, wie die finanziellen Mehraufwendungen, die aufgrund von weiterhin in den GU untergebrachten Geduldeten und asylberechtigte Personen entstehen, vom Land ausgeglichen werden.

Das Ministerium stellt in der Antwort dar, dass zu dieser Frage eine Verständigung zwischen dem Land und den Stadt- und Landkreises gelungen sei: Für die Jahre 2017 und 2018 werde das Land den Stadt- und Landkreisen insgesamt 268 Mio. Euro *„für Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in der Anschlussunterbringung und solche, die im Rechtssinne nicht mehr vorläufig untergebracht sind“*, zur Verfügung stellen. Außerdem unterstreicht das Ministerium, dass die Zusage des Landes die Kosten der vorläufigen Unterbringung pauschal zu übernehmen, weiterhin gelte. Einschränkungen macht das Innenministerium bei Personen, die bereits anerkannte Flüchtlinge sind und noch in einer GU leben. Hier müsse die Kostenübernahme im Einzelfall geprüft werden.

Ein Faktor warum es zu Mehraufwendungen für den Landkreis Lörrach kommt, ist die angespannte Situation am Wohnungsmarkt in der Region, die eine schnelle Anschlussunterbringung in den Kommunen erschwert. Joshua Frey ist zuversichtlich, dass die vom Ministerium dargestellte Verständigung ein wichtiger Schritt zur finanziellen Entlastung der Landkreise ist: „Beim finanziellen Ausgleich der Landkreise muss die aktuelle Situation am Wohnungsmarkt mit berücksichtigt werden, um für alle Beteiligte eine gangbare Lösung zu finden. Das Land, die Stadt- und Landkreise und die Kommunen müssen weiterhin gemeinsam daran arbeiten, Lösungen bei der Unterbringungen zu finden.“ Falls noch weitere Fragen offen bleiben, wird sich der Landtagsabgeordnete auch in Zukunft für eine faire Lösungen in der besonderen Situation im Landkreis Lörrach in Stuttgart einsetzen.